

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: 2614.
Raden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Kruhsch, Dresden

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Postgebühren monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 291.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 291.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 300.

Dresden, Freitag den 27. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Was tut die Reichsregierung?

Der Berliner Herentkessel.

Berlin, 27. Dezember. Die Vorgänge des Dienstag haben zu einer Regierungskrise geführt. Während des gestrigen Tages ist zwischen den Volksbeauftragten und den außerhalb der Regierung stehenden Unabhängigen verhandelt worden. Um 9 Uhr abends fand eine entscheidende Kabinettsitzung statt, deren Ergebnis noch nicht vorliegt. Es verlautete gestern abend, daß der Zentralrat der U. und S. M. A. einberufen werden soll, um die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Sollte die Kabinettsitzung nicht erfolgreich sein, so würde die vorläufige Regierungsgewalt bis auf weiteres dem Zentralrat übernommen werden.

Während das übrige Reich nach vier Jahren sein erstes Friedensfest feierte, haben die Parteilämpfe in Berlin zu einer Regierungskrise und schmerzlichen Wirren geführt. Der Kampf zwischen Matrosen, Spartakisten und Regierungstruppen ist am Dienstag fortgesetzt worden. Am Mittwoch folgten spartakistische Straßenkämpfe, die zur Unterdrückung des Vormärts führten. Als Folge des ganzen Treibens ist jetzt das Weiterbestehen der Regierung überaus fraglich in Frage gestellt. Eine Meldung der Berliner Neuesten Nachrichten will sogar wissen, daß eine Regierung Plebiszite ausgerufen worden sei, was aber vorläufig unbestätigt und im höchsten Grade unwahrscheinlich ist.

Daß Berlin ein solcher Herentkessel des verbleibenden Reichs ist und Volkseindem hat werden können, hängt mit seinem Charakter als Kesseltort zusammen. Dazu kommt das jahrelange Wirken der Spartakusgruppe, die in Berlin ihr Hauptquartier hatte und als äußerster linker Flügel der Unabhängigen Sozialisten in der von den Unabhängigen besetzten Reichshauptstadt einen günstigen Nährboden für den Bolschewismus fand. Die Umarmungstrübsal und das Zurückweichen der Soldaten hat die Stimmung in Berlin natürlich verschlechtert. Trotzdem würde eine Abkündigung der Reichshauptstadt ergeben, daß die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung hinter dem Programm der Regierung überaus steht. Was in Berlin jetzt die „zweite Revolution“ zu machen sucht, ist eine U. M. A., deren Erfolge sich in Berlin, sofern sie auch über den Rest des Reichs hinausdringen können, nicht einmal Wochen hindurch halten könnten. Nichtsdestoweniger kann eine kleine organisierte und bewaffnete Minorität eine große Stadt kurze Zeit lang terrorisieren, wenn die vom Volke eingesetzten Gewalten nicht gewillt sind, von ihren Machtmitteln energischen Gebrauch zu machen. In diesem Sinne zur Schwelmerbewegung hat es der Regierung überaus gefehlt. So lange die Situation in der Hauptstadt nicht beseitigt wird, solange die Verhältnisse in der Reichshauptstadt nicht beseitigt werden, bleibt ein abschließendes Urteil verfrüht. Soweit von hier aus beurteilt werden kann, hängt das milde Auftreten der Regierung gegen das Spartakus- und Matrosentreiben zusammen mit einem längst bekannten Schwächenmoment: die Regierung war in ihrer Zusammenfassung von vornherein ein Kompromiß zwischen Unabhängigen und Reichsheiligtum. Die unabhängigen Regierungsmittel sind von einem Parteistück zwischen Spartakus und Reichsheiligtum nicht losgerissen; sie waren bei jedem ernsthaften Vorhaben ein Bruchstück am Regierungszug. Wenn jetzt die Regierung überaus in der Verfassung verhandeln möchte, so wäre das nur ein brutaler Beweis dafür, daß sie für Berlin in dieser Zusammenfassung auf der Dauer unmöglich ist und daß sich die Unabhängigen für Spartakus oder für ein ungeliebtes Entscheidendes müssen, wenn ein Zusammenstoß mit ihnen angesichts der anstehenden Gefahr möglich sein soll.

Wie auch die Wähler in Berlin fallen mögen, im Reiche steht der Bolschewismus auf noch entscheidenderer Position als in Berlin. Berlin ist nicht das Reich, ist nicht das Herz Deutschlands wie es Paris in der ersten französischen Revolution war. Die Verhältnisse in der ersten französischen Revolution sind nicht beispielhaft, im Gegenteil: die Mehrheit der übrigen wichtigen Staaten des Reichs hat dem Bolschewismus energisch abgetan. Sollte er in Berlin an Einfluß gewinnen so wäre das der Selbstverleugung des Reichs als Ganzes. Aber insofern bedürfen die Berliner spartakistischen Ausschreitungen eine Gefahr für das gesamte Reich, als sie die Parteipolitik der Reichsregierung in einzelnen Reichsteilen begünstigen und die Verwirklichung eines baldigen Friedens gefährden. An den Erklärungen der Parteien, daß sie nur mit einer legitimen Vertretung des deutschen Volkes verhandeln will, ist nicht zu rütteln und nicht zu zweifeln. Schon aus diesem Grunde war die Verschärfung der Verdrängung der Grenzsperr, Verweigerung der Nahrungsmittelzufuhr durch die Grenz- — bedeutsam für den Hunger!

In dieser Situation kann es für das deutsche Volk nur eine Aufgabe geben: die Wahlen vorzubereiten und den Wahlausfall zu einem Sieg der sozialistischen Republik werden zu lassen. „Wer die Regierung in dieser notwendigen Arbeit hindert,“ schreibt der Vormärts am Dienstag, „wer dem Volk das Recht nehmen will, in freier Abstimmung über sich selbst zu entscheiden, der ist kein Revolutionär, kein Republikaner, kein Sozialist, sondern ein Verräter an der Revolution, an der Republik und an Sozialismus.“

Das ist auch die Meinung von 95 Prozent des deutschen Volkes und damit ist auch das Urteil über die Berliner Vorgänge und die bolschewistische Volksdemokratie gesprochen.

Die Straßenschlacht am Dienstag.

Wäre Annahme, daß nach den Vorgängen am Montag in Berlin wieder Ruhe einträte, ist leider nicht in Erfüllung gegangen, sondern es ist am Dienstag in Berlin zu neuen, energiegelandten Kämpfen gekommen. Da die Verhandlungen mit den Matrosen zu keinem Resultat führten, beschloß die republikanische Soldatenmehrheit, gegen die Matrosen, die Schloß und Marsall besetzt hielten, mit Gewalt vorzugehen und es wurden Kämpfe herbeigeführt. Früh 7,50 Uhr verlangten Abgeordnete der Berliner Soldatenmehrheit die Ergreifung der Matrosen. Als nach 10 Minuten keine Antwort erschien, wurde der Befehl zum Vorstoß gegeben und das Schloß wurde mit einem Geschütz beschossen, worauf die Matrosen in Maschinengewehren antworteten. Das Feuer der Artillerie brachte das Matrosenregiment der Matrosen in kurzer Zeit zum Verschwinden. Darauf drangen Sturmtruppen in das Schloß ein, die mit Handgranaten den Eingang erzwangen. Innerhalb des Schloß wurde gedämpft und es gab dabei zahlreiche Tote und Verwundete. Ebenso wurde der Marsall in Berlin beschossen. Um 9 1/2 Uhr erschien ein Marschall eine weiche Bahne. Nach einer Pause von 1/2 Stunden wurde der Kampf wieder aufgenommen. Später wurde es in einzelnen Stellen, ins Schloß einbrachen. Sie wurden aber von den Soldaten mit gefülltem Bajonett schließlich wieder herausgetrieben. Ein klares Bild über die Ereignisse läßt sich aus den vorliegenden, sich zum Teil widersprechenden Nachrichten nicht gewinnen. Es kam schließlich zu Verhandlungen zwischen der Regierung und den Matrosen, nach denen sich die Volksmatrosenkommission verabschiedete, das Schloß zu verlassen. Die Matrosen werden der republikanischen Soldatenmehrheit angegliedert und haben sich verpflichtet, an Aktionen gegen die Regierung nicht wieder teilzunehmen. Die Division des Generalkommandos Requis wurde zurückgezogen und die Kommandeure der Berliner Truppen und Matrosenkommissionen aufgehoben. Weib, der gefangen genommen war, sollte sofort freigelassen werden. Die Kämpfe in Berlin haben eine große Anzahl Todesopfer gefordert. Die Zahl ist noch nicht festgestellt. Nach einer Mitteilung der Berliner Kommandantur sollen die Matrosen 56 Tote verloren haben. Nach dem Berliner Tageblatt haben die Kämpfe unter den Matrosen 21 Tote und 20 Schwerverletzte und ebensoviel Leichtverletzte gefordert. Nach einer Darstellung der Volksmatrosenkommission beträgt die Zahl der Toten bei den Matrosen etwa 2, die der Verwundeten etwa 40. Die Matrosen haben sich während der Feiertage keine weiteren Aufstellungen zu gefallen kommen lassen, hingegen hat ein Sturm auf den Vormärts stattgefunden, über den folgende Nachrichten vorliegen.

Abrechnung des Vormärts.

Berlin, 26. Dezember. Am 25. Dezember, nachmittags, fanden mehrere von den revolutionären Seeleuten und Vertrauensmännern der Großbetriebe Berlins veranstaltete Versammlungen in der Siegesallee statt. Nach den Versammlungen zogen die Demonstranten im Zuge durch die Stadt. Ein größerer Trupp plünderte ab, zog nach der Lindenstraße und besetzte das Gebäude des Vormärts. Der Polizeipräsident versuchte persönlich, die Sache beizulegen, was auch insofern gelang, als die Druckerei geräumt und unter Bewachung der Sicherheitsmannschaften des Polizeipräsidenten anstelle werden konnte. Der Vormärts war, als die Waffen einbrachen, von einem Jägerkommando besetzt. Es waren Matrosenbewehrung aufgestellt, und ein Panzerauto befand sich auf dem Grundriss der Vormärtsdruckerei. Das Panzerauto wurde von eingedrungenen Matrosen weggeführt, die Rüstungswache entwaffnet und Soldatenposten von den mit einbezogenen Soldaten, unter denen sich auch ziemlich viele Mitglieder der republikanischen Soldatenmehrheit befanden, aufgestellt.

Über die Vorgänge im Vormärtsgebäude gibt Minister Ernst einem Vertreter der Telephonunion folgende Schilderung: „Um 10 1/2 Uhr langte ein großer Zug Spartakisten vor dem Vormärts an und verlangte die Einlassung zu verschaffen. Die Sicherheitsmannschaften hatten die großen Tore geschlossen, doch wurden sie mit Schüssen von der Menge geöffnet. Die schwachen Sicherheitsmannschaften konnten der anstürmenden Menge nicht standhalten. Da die wachhabenden Soldaten angeblich vom Polizeipräsidenten Eichhorn die Erlaubnis erhalten hatten, nicht zu schießen, trat die Menge keinen Widerstand. Im Gebäude fand die Menge bei der Durchsicht auf einem Hofe ein Panzerauto, das mit 14 Maschinengewehren besetzt war und dem Gebäude des Vormärts unter lauten Aufen der Menge fortgebracht. Da sie die Tore nach den Räumen des Vormärts geschlossen fanden, benutzten sie umföhr 50 Mann in der Wohnung des im Nebengebäude des Vormärts wohnenden Ministers Ernst. Sie erzwangen sich Einlassung, indem sie mit den Gewehrkolben gegen die Türen schlugen. Dadurch sah sich Ernst gezwungen, seine Wohnung zu öffnen. Es gab eine längere Auseinandersetzung, bis die Eindringlinge verstanden, daß der Minister ihnen die Schlüssel zu den Räumen des Vormärts ausgeben sollte. Ernst verweigerte dies und wurde unter Bewachung gestellt. Er wurde daran gehindert, telephonische Hilfe herbeizurufen und auf Anruf, die er telephonisch erteilt, zu antworten. Als er nach einer Stunde noch immer nicht im Besitz seiner Bewegungsfreiheit war, verlangte er, daß die Mannschaften seine Räume verlassen. Ein Abgeordneter, der sich mit der Majorität in Verbindung setzte, kam bald darauf zurück und sagte, die Polizei und die K. A. L. Z. seien jetzt im Vormärts und besetzen die ganze Anlage. Er sollte sich beeilen. Darauf kamen Abgeordnete vom Polizeipräsidenten Eichhorn, die dem Minister erklärten, daß er

frei sei. Eichhorn hatte mit seinen Sicherheitsmannschaften den Vormärts besetzt und die Spartakisten entließ. 12 Leute, die sich im Vormärts verschanzt hatten, konnten nicht entsetzt werden. Sie werden aber keinen Schaden anrichten können, da sie von den besten Sicherheitsmannschaften bewacht werden.

Der Minister erklärte dem Vertreter der Telephonunion, daß es unmöglich so weitergehen könne. Wenn die Regierung nicht die Kraft hätte, solche Zwischenfälle mit aller Energie zu verhindern, so würde sie sich freiwillig nach lange am Ruder halten können. Die ganzen Vorgänge im Gebäude des Vormärts und auf der Lindenstraße hatten eine ungeheure Menge an Menschen bedrückt. Es wurden Leben gehalten und die einzelnen Männer des Vormärts einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Spartakisten hatten noch vor der Besetzung des Vormärts durch die Mannschaften des Polizeipräsidenten ein Flugblatt herausgegeben, in dem erklärt wurde, daß sie jetzt die Befehl des Vormärts seien, und daß das Blatt künftig unter dem Titel Der rote Vormärts erscheinen würde. In dem Flugblatt wurde die Ablegung der Regierung über Scheidemann geordert. Der Vormärts ist auch heute mit 10 Uhr noch von den Spartakisten und einem Teil der Sicherheitsmannschaften besetzt. Es schweben angeblich noch Verhandlungen, die die Räumung des Vormärts zum Ziele haben.

Die Kieler Matrosen verurteilen das „schimpfliche Treiben in Berlin“!

Kiel, 24. Dezember. Von den Berliner Vorgängen machte im Laufe des heutigen Vormittags Gouverneur Koste den verschiedenen Marineformationen Mitteilung. Matrosendivision, Torpedobrigade, U-Bootsdivision und Seebataillon gaben ihre lebhaften Entrüstung über das schimpfliche Treiben in Berlin kund. Einmütig wurde von allen Formationen beschlossen, daß Gouverneur Koste der Regierung mitteile, daß die Kieler Soldaten und Matrosen geschlossen hinter ihr stehen.

Erklärung.

Berlin, 27. Dezember. Zwischen der Schiffbauerschaft des Vormärts und den revolutionären Vertrauensleuten der Betriebe Groß-Berlins und der Leitung der Spartakusgruppe haben gestern abend Unterhandlungen stattgefunden, bei denen sich die Reaktionen des Blattes haben abgelesen, daß diese beiden Gruppen keinen Anteil an dem geschehenen Vorgehen gegen den Vormärts hatten. Der Vormärts verpflichtete sich, eine Erklärung an der Spitze des Blattes zu bringen, in der es u. a. heißt:

Der ungeheuerliche Mordanschlag, der vor zwei Jahren an der Berliner Arbeiterschaft begangen wurde, wird heute um so aufreizender von der revolutionären Arbeiterschaft empfunden, als der Vormärts in der letzten Zeit in der schamlosesten Weise alle erdlichen und menschlichen republikanischen Kräfte sowie die Volksmassen bedrückt hat. Die Versammlung der Berliner Arbeiter erkennt das Recht der Berliner Arbeiterschaft auf den Vormärts an. Sie ist der Meinung, daß die Verantwortung in dieser revolutionären Epoche sofort dem Volkstrag der Groß-Berliner Arbeiterschaft in diesem Sinne geregelt werden muß.

Demgegenüber erklärt der Vormärts, daß er nur der Kontrolle der Partei unterliege und daß er sich im übrigen freie Kritik und jede Meinungsäußerung vorbehalte.

General Requis zurückgetreten.

Berlin, 27. Dezember. Der Kommandeur der Gardetruppe, General Requis ist, wie die offizielle Zeitung erklärt, zurückgetreten und durch General von Mülling ersetzt worden.

Rundgebungen für die Matrosen vor dem Berliner Schloß.

Berlin, 27. Dezember. In den ersten Vormittagsstunden hatten sich vor dem Schloß und Marsall große Menschenmengen angesammelt, die die anstehenden Schüsse beschlagnahmten. Später näherte sich ein Zug der aus der Siegesallee kam und die Linden entlang marschierte war. Er brachte den Matrosen Observationen dar. Während hielt eine Kolonne. Dieser ist es zu keinen Aufstellungen gekommen.

Vor der Spaltung der Unabhängigen.

Auf das Ultimatum des Spartakusbundes antwortet die Freiheit mit folgenden Ausführungen:

Das ist eine Kriegserklärung an die Partei, eine Kriegserklärung, die aussieht von einer Gruppe, die ihre formale Parteigliedschaft nur benutzt, um die Partei von innen heraus zu untergraben und zu sprengen. Der Zeitpunkt zur Sprengung erscheint ihr nun gekommen. Die acht Wilhelmstädter Schneidigkeit stellt sie ein unabhängiges Ultimatum an die Partei. Was nachher kommt ist der offene Grubenkrieg innerhalb der Partei, geführt auf die feierlich am 30. Dezember einberufene Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Die Teilbarkeit der Partei gegenüber dem Treiben des Spartakusbundes hat dahin geführt, daß die Partei von einer Gruppe, die ein völlig getrenntes Dasein führt, und von ihren Sonderbestrebungen keinen Gehör macht, mehr und mehr terrorisiert wird. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und es gibt wohl keinen Menschen in der Partei, der nicht gemüht hätte, daß diesem Zustand ein Ende gesetzt wird. Da sowohl beide Teile auf das befristete Auseinanderstreifen dürfte die Spaltung der Unabhängigen Partei unermessbar geworden sein.

Heberritt Unabhängiger zur Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Wahverein in Aboldau hatte die nötige Organisation der Unabhängigen aufgeföhrt, mit ihm in Glinde über Verhandlungen zu treten. Der Wahverein der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat darauf ge-